

Mehr Abschiebungen würden wenig bringen.

In Sachsen waren im November 2015 4.000 Personen ohne Duldung und »vollziehbar ausreisepflichtig«. Der »Entlastungseffekt«, den ihre Abschiebung für die Kommunen hätte, wäre gering. Investieren wir Ressourcen vorrangig in Registrierung, Verfahrensbeschleunigung und Eingliederung, zumal viele abgelehnte Asylsuchende ohnehin selbstständig ausreisen.

Geflüchtete müssen schnell in Arbeit kommen.

Hier gibt es noch viele Fragezeichen. Klar scheint: Arbeit und Ausbildung sind Integrationsmotoren. Je besser Integration gelingt, desto größer ist der Nutzen für beide Seiten. So profitiert auch die Wirtschaft, wenn die oft jungen Geflüchteten in Jobs kommen. Die Erwerbsbevölkerung schrumpft: In Sachsen sind tausende Arbeits- und Lehrstellen unbesetzt, in vielen Branchen herrscht Nachwuchsmangel – im Bäcker- und Fleischerhandwerk, in Handel, Hotellerie, Gastronomie, manchen Elektroberufen, in der Gebäudereinigung. Was tun? Den individuellen Aufenthaltsstatus schnell klären, Qualifizierung, Alphabetisierung und Spracherwerb durch mehr staatliche Kurse fördern! Bei Qualifikationsprüfung und Jobvermittlung sollten Aufnahmeeinrichtungen, Arbeitsagentur, Handwerkskammern, Wirtschafts- und Branchenverbände stärker zusammenarbeiten. Mit Praktika und Probearbeiten lässt sich feststellen, wer berufserfahren ist. Bürokratische Hürden müssen weg: Wir kommen nicht voran, solange eine sinnlose Vorrangprüfung Geflüchtete von Arbeit ausschließt; solange ein syrischer Arzt keine Approbation bekommt, weil die Geheimpolizei, die ihn verfolgte, ihm kein Führungszeugnis ausstellt. Geflüchtete sollen zum Gemeinwesen beitragen, was sie – anders als hiesige Steuertrickser – gern tun würden. Solange sie aber nicht arbeiten (dürfen), können sie weder Steuern noch Sozialabgaben zahlen.

Geflüchtete sind nicht »nur« Opfer.

Nein, sie sind zum großen Teil Überlebende und motivierte, kämpfende Menschen. Unter ihnen sind viele künftige MitstreiterInnen für ein soziales Sachsen. Die Fluchtbewegung ändert nichts an der Forderung der Linksfraktion: Soziale Sicherheit für alle! Die Prekarisierten aller Länder in ihren Interessen zusammenzuführen – vom syrischen Pizzabäcker über die alleinerziehende sächsische Mutter bis zum abstiegsbedrohten Facharbeiter –, ist unser Projekt. Wir stehen für Ausgleich – und die wirkliche Integration von Geflüchteten (z. B. *Landtags-Drucksachen 6/2297; 6/2500; 6/2676; 6/2987; 6/3001; 6/3002; 6/3204; 6/3295; 6/3335*). Wir fordern geordnete Abläufe und Regeln für eine offene Einwanderungsgesellschaft. Zuwanderung macht Sachsen attraktiver, hilft Wirtschaft und Wissenschaft, bringt kulturellen Reichtum, erhält die Gesellschaft.

Mehr Informationen unter:
www.linksfraktion-sachsen.de.

Ihre Ansprechpartner in der Fraktion
DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de

Juliane Nagel
Sprecherin für Flüchtlings- und
Migrationspolitik
E-Mail: juliane.nagel@slt.sachsen.de

Fraktion **DIE LINKE** im Sächsischen Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 035 1 493-5800 – Telefax: 035 1 493-5460
linksfraktion@slt.sachsen.de, www.linksfraktion-sachsen.de
V. i. S. d. P.: Marcel Braumann
Foto: Thaut Images – Fotolia.com
Stand: Dezember 2015

*Diese Publikation dient der Information und darf in einem
Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.*

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Asyl in Sachsen: Fakten gegen die Angst



**Lügen und Panikmache verhindern
Lösungen**

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Integration von Geflüchteten beschäftigt Sachsen. Viele Fragen sind offen und lassen sich wohl erst im Lauf der Zeit beantworten. Grundlage dafür sollte stets eine humanistische Herangehensweise sein. Fremdenfeinde hingegen missbrauchen Unsicherheiten, die mit dem Gesellschaftswandel naturgemäß verbunden sind, vergiften die Debatte mit Lügen und Hetzparolen. Sie wollen Panik verbreiten und Lösungen verhindern. Veränderungen lassen sich aber bewältigen, wenn Fakten akzeptiert und irrationale Ängste abgebaut werden.

Sachsen kommt durch Geflüchtete längst nicht an eine »Belastungsgrenze«.

1990 hatte Sachsen 750.000 Einwohner mehr als heute, 1950 lebten hier sogar 1,6 Millionen Menschen mehr. Der Bevölkerungsschwund, mit all seinen Folgen, lässt sich nur durch Zuwanderung ausgleichen. Wer Angst vor »Überfremdung« schürt oder von »erreichten Belastungsgrenzen« spricht, sollte einige Zahlen zur Kenntnis nehmen. Zwischen dem 1. Januar und dem 31. Oktober 2015 hatten 45.000 Menschen im Freistaat Asyl beantragt (Quelle: Landesdirektion), die meisten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Sachsen hat etwa vier Millionen Einwohner (Ende 2014) – Asylsuchende machen einen Bevölkerungsanteil von etwa 1,1 Prozent aus (Bundesweit liegt dieser Anteil bei 1,25 %). Der Anteil ausländischer Mitbürger wird noch für viele Jahre minimal bleiben, selbst wenn die Fluchtbewegung anhalten sollte. Wer heute von Überlastung redet, will oft nur von eigenem Versagen ablenken.

Zuwanderung verändert unsere Gesellschaft schon immer.

Zuwanderung beeinflusst unser Leben in kultureller, religiöser und anderer Hinsicht, für manche stärker, für andere schwächer. Das macht in einigen Bereichen neue Vereinbarungen zum Zusammenleben nötig. Wir halten aber nichts von »Islamisierungspanik«, zumal Massen von Anti-Fundamentalisten zu uns fliehen, die es satt haben, dass Regimes, die sich auf Gott berufen, Freiheit einschränken. Ebenso wenig halten wir von einer Leitkultur – was zählt, sind Grundwerte. Die Gesetze bilden die Geschäftsgrundlage unserer Gesellschaft, vor allem das Grundgesetz und die Landesverfassung. Sie sind von Geflüchteten wie von Einheimischen einzuhalten und legen fest: Keine Toleranz für Fundamentalismus, Unantastbarkeit des staatlichen Gewaltmonopols, Gleichberechtigung der Geschlechter und (sexuellen) Lebensentwürfe, Achtung von Minderheiten. Diese Errungenschaften, bei deren praktischer Umsetzung längst kein Idealzustand erreicht ist, lassen wir uns von niemandem nehmen – auch nicht das Rechtsstaatsprinzip, in dem Religion Privatsache und strikt vom Staat getrennt ist.

Geflüchtete sind nicht per se kriminell, auch nicht per se krimineller als Einheimische.

Unter Geflüchteten gibt es – wie unter Einheimischen auch – Menschen, die gegen Gesetze oder anerkannte Normen unseres Zusammenlebens verstoßen. Bei den einen wie bei den anderen kann man derlei Verhalten aber nicht verallgemeinern. Kriminalität hat nichts mit der Herkunft oder der Nationalität eines Menschen zu tun. Persönliche Eigenschaften, sein bisheriger Lebensweg oder sein soziales Umfeld können hingegen einen Einfluss ausüben. Die Behauptung, straffällige Asylsuchende würden anders behandelt als straffällige Einheimische, wird übrigens von Polizei und Justiz dementiert. Fremdenfeindliche Kriminalität allerdings nimmt tatsächlich zu. Gegenüber 2014 hat sich die Zahl dieser Straftaten verdreifacht.

Niemand kann ausschließen, dass Terroristen unter den Flüchtlingen sind. Allerdings ...

gibt es darauf laut Bundeskriminalamt aktuell keine konkreten Hinweise. Wir können übrigens auch nicht ausschließen, dass Terroristen als Touristen einreisen, oder dass einheimische Staatsbürger, wie in Paris, zu Terroristen werden. Terrorismus ist eine Kommunikationsstrategie – Angst soll unser Leben dominieren. In diese Falle sollten wir nicht tappen. Es wäre falsch, uns unfreier zu machen, Bürgerrechte einzuschränken,

Menschen auszugrenzen, die Terroristen dann umso leichter rekrutieren können. Tun wir, was Terroristen fürchten: Menschlichkeit und Toleranz leben, in Solidarität mit denen, die vor Terror geflohen sind. Eine CharlieHebdo-Zeichnerin twitterte nach den Pariser Anschlägen: »Lasst uns unsere Freiheit nicht einschränken. Trinkt, lacht, spielt, esst, liebt euch, lebt!« Die beste Vorbeugung gegen Terror-Risiken ist gelungene Integration.

Abschottung ist keine Lösung, für keine Seite.

Jede Fluchtbewegung lässt sich nur an ihren Quellorten beenden. Die Grenzen für Geflüchtete zu schließen, wäre eine Bankrotterklärung für jedes zivilisierte Gemeinwesen, und außerdem schlicht nicht umsetzbar. Man kann Deutschland nicht umzäunen. »Grenzen dicht!« hieße auch: Im schlimmsten Fall Todesopfer riskieren. Übrigens: Das Dublin-Verfahren, auch Teil der Abschottungspolitik, verlängert die Asylverfahren, verursacht Bürokratiekosten und schadet der Integration. Integrationshindernisse gibt es viele. Dazu zählen alle Maßnahmen, die Bleibeperspektiven verhindern (etwa die massenhafte Gewährung nur subsidiären Schutzes), und auch die Einschränkung des Nachzugs der Kernfamilie, der selbst unbegleiteten Minderjährigen nicht mehr gewährt wird. Abschottung lässt Probleme ungelöst, hier (Integration) wie in den Gebieten, aus denen Menschen fliehen (Fluchtursachen).

